

Synthese Paper * Nr. 2

Zukunftsstadt und urbane Transformation – SynVer*Z

Migration und Teilhabe in städtischen Wohnquartieren.
Ergebnisse aus dem Fokusthema „Sozialer Zusammenhalt und
Migration“ der BMBF-Zukunftsstadtforschung

Thesen für die Praxis

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

FONA
Forschung für Nachhaltigkeit

Impressum

AUTORINNEN UND AUTOREN

SynVer*Z

Robert Riechel, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Berlin

StadtUmMig

Matthias Bernt, Madlen Pilz (beide Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung - IRS), Leoni Keskinilic, Anna Wiegand (beide Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung – BIM - Humboldt-Universität zu Berlin), Stefanie Rößler, Katja Friedrich (beide Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung - IÖR), Ulrike Milstrey (Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH - B.B.S.M.)

StralnWo/StralnQ

Heidi Sinning, Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation (ISP) der FH Erfurt

KoopLab

Heike Hanhörster, Nils Hans (beide Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung – ILS), Antonie Schmiz (Institut für Geographische Wissenschaften der Freien Universität Berlin)

HERAUSGEBER

SynVer*Z – Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt

Diese Veröffentlichung basiert auf Forschungsarbeiten im Verbundvorhaben „Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (SynVer*Z)“. Das Projekt ist den Fördermaßnahmen „Zukunftsstadt“ und „Nachhaltige Transformation urbaner Räume zugeordnet und Teil des Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Es wird unter dem Förderkennzeichen 01UR1707A gefördert.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Dieses Dokument steht online zur Verfügung unter: www.nachhaltige-zukunftsstadt.de

VERLAG UND VERTRIEB

Gröschel Branding GmbH
Gottschedstr. 4
13357 Berlin
Mail: info@groeschel-branding.de
www.groeschel-branding.de

DTP

Julia Krebs

ISBN: 978-3-88118-676-6

Alle Rechte vorbehalten.

Berlin, 22. März 2021

SYNTHESE- UND VERNETZUNGSPROJEKT ZUKUNFTSSTADT



Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) (Verbundkoordination)

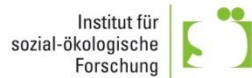
Dr. Jens Libbe

Zimmerstr. 13-15

10969 Berlin

Tel.: +49 30 39001-115

E-Mail: libbe@difu.de



Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)

Dr. Oskar Marg

Hamburger Allee 45,

60486 Frankfurt am Main

Tel.: +49 30 39001-222

E-Mail: marg@isoe.de



Gröschel Branding GmbH

Nadine Baethke

Gottschedstr. 4

13357 Berlin

Tel.: +49 30 2345 5895

E-Mail: baethke@groeschel-branding.de

FOKUSTHEMA SOZIALER ZUSAMMENHALT UND MIGRATION

Dieses Thesenpapier ist das Ergebnis der Synthese und Vernetzung zum Fokusthema „Sozialer Zusammenhalt und Migration“ innerhalb der BMBF-Zukunftsstadtforschung. Mit der Veranstaltungsreihe Fokus*Z bietet das Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (SynVer*Z) eine Plattform für den projektübergreifenden Austausch rund um gemeinsame Fokusthemen. Dabei handelt es sich um thematische Schwerpunkte, die von mehreren Projekten innerhalb der Leitinitiative Zukunftsstadt sowie die Fördermaßnahme „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“ aufgegriffen werden. Für die Vernetzung können gleichermaßen wissenschaftliche wie praxisbezogene Fragestellungen relevant sein. Im Zentrum steht der bundesweite oder auch regionale Austausch auf Arbeitsebene in Form von Workshops. Auch die Vernetzung mit anderen Förderinitiativen des BMBF wird gesucht. Fokus*Z schafft die Grundlage für die projekteübergreifende Synthese und die Kommunikation gegenüber Forschung, Kommunen und Öffentlichkeit. Wesentliche Thesen und Ergebnisse werden veröffentlicht.

Im Kern waren an der Erarbeitung des Thesenpapiers folgende Verbundprojekte beteiligt:

StadtUmMig (<https://stadtummig.de/>)

StralnWo/StralnQ (<https://www.fh-erfurt.de/fhe/isp/forschung/projekte/strainwo/>)

KoopLab (<https://www.kooplab.de/>)

Darüber hinaus haben weitere Projekte an einzelnen Vernetzungsveranstaltungen teilgenommen: GoingVis, Migrants4Cities, TransZ, ZUKUR, IN² (Fördermaßnahme Kommunen Innovativ), MOSAIK (Fördermaßnahme Kommunen Innovativ), NaWill (Fördermaßname „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“), Zusammenhalt braucht Räume (Fördermaßname „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“).

Inhalt

| | |
|--|----|
| Zusammenfassung | 6 |
| Abstract | 6 |
| 1. Hintergrund | 7 |
| 2. Befunde aus den Projekten | 10 |
| 2.1 Ausgangspunkt Quartier | 10 |
| 2.2 Zusammenleben in superdiversen Quartieren | 11 |
| 2.3 Integration von Zugewanderten in den Wohnungsmarkt | 12 |
| 3. Schlussfolgerungen: Thesen für die Praxis | 14 |
| 3.1 Bund und Länder | 14 |
| 3.2 Kommunen | 15 |
| 3.3 Wohnungsunternehmen | 17 |
| 3.4 Soziale Träger und Migrant*innenselbstorganisationen | 18 |
| 3.5 Kooperation in Städten und Quartieren | 18 |
| Literatur | 20 |
| Verwendete Literatur | 20 |
| Weitere Veröffentlichungen aus den Forschungsprojekten | 20 |
| Wir SynVer*Z | 22 |

Zusammenfassung

Internationale Migrations- und Fluchtbewegungen verändern Gesellschaft, Städte und Regionen. Sie sind Treiber von und Rahmenbedingung für urbane Transformationsprozesse und prägen die kulturelle und soziale Vielfalt. In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, wie Migration lokal verhandelt wird und wie Städte mit Einwanderung umgehen.

Dieses Synthesepapier fasst übergreifende Befunde derjenigen Projekte innerhalb der BMBF-Zukunftsstadtforschung zusammen, die an der Schnittstelle von Stadt- und Migrationsforschung arbeiten. Ausgehend vom Wohnquartier als Betrachtungsgegenstand werden Politik- und Handlungsempfehlungen für verschiedene Ebenen formuliert. Ziel des Papiers ist es dementsprechend, zentrale Ergebnisse mit praktischer Handlungsrelevanz für die Fachöffentlichkeit zu bündeln. Es richtet sich in erster Linie an politische Entscheidungsträger*innen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene sowie an Akteure aus der Praxis, die auf unterschiedliche Weise in lokale Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden sind, insbesondere an Wohnungsunternehmen, soziale Träger und Migranten*innenselbstorganisationen. Das Papier ist im Rahmen der Vernetzung der Projekte des Fokusthemas „Sozialer Zusammenhalt und Migration“ entstanden.

Abstract

International migration and refugee movements are changing society, cities and regions. They are drivers of and framework conditions for urban transformation processes and shape cultural and social diversity. In view of this, the question arises of how migration is negotiated locally and how cities deal with immigration.

This synthesis paper summarizes the overarching findings of those projects within the flagship initiative City of the Future of the German Federal Ministry of Education and Research (BMBF) that work at the interface between urban and migration research. Starting from the neighbourhood as the main object of observation, this leads to policy recommendations and recommendations for action. Thus, the aim of the paper is to bundle central results with practical relevance for action for the specialist public. It is primarily aimed at political decision-makers at federal, state and local level as well as actors from practice who are involved in local negotiation and decision-making processes in different ways, in particular at housing companies, social organizations and migrant organizations. The paper was created as part of the networking of the projects on the focus topic social cohesion and migration.

1. Hintergrund

„Deutschland ist ein Einwanderungsland“¹ und das schon spätestens seit der Gründung der Bundesrepublik. Die Gründe für Zuwanderung sind vielfältig: Zum Beispiel suchen Menschen in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung, sie genießen als Bürger*innen von EU-Staaten Freizügigkeit und können ihren Aufenthaltsort frei wählen oder sie nehmen hier eine Arbeit oder Berufsausbildung wahr. Entsprechend vielfältig sind die Migrationserfahrungen, Aufenthaltsbedingungen und Lebensentwürfe der eingewanderten Menschen im Einwanderungsland Deutschland.²

Stand heute ist gut ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland selbst eingewandert oder hat eine familiäre Migrationsbiografie. Im Kontext des Klimawandels und steigender Armut wird dieser Anteil in den nächsten Jahrzehnten aller Voraussicht nach weiter steigen. Internationale Migrations- und Fluchtbewegungen verändern Gesellschaft, Städte und Regionen. Sie sind Treiber von und Rahmenbedingung für urbane Transformationsprozesse und prägen die kulturelle und soziale Vielfalt. Dies gilt insbesondere für Großstädte, in denen der Großteil von Zugewanderten ankommt und eine langfristige Wohnperspektive sucht.

In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, wie Migration lokal verhandelt wird und wie Städte mit Einwanderung umgehen. Im Rahmen der Zukunftsstadtforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wird das Thema Migration im Kontext der Stadtforschung aufgegriffen und stellt dort einen eigenen Förderschwerpunkt dar.

Die Projekte im Fokusthema „Sozialer Zusammenhalt und Migration“ rücken städtische Teilräume in den Fokus, die durch Menschen mit internationalen Biographien geprägt sind und wo die beschriebenen Veränderungsprozesse im Zusammenhang mit internationalen Migrationsbewegungen besonders deutlich zu Tage treten. Von Migration und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen geprägte Quartiere werden häufig als „Problemquartiere“ stigmatisiert. Solche Quartiere mit hoher Dynamik und Interkulturalität können sich aber auch als Modell-Räume für urbane Transformationsprozesse erweisen. Die Zukunftsstadt-Projekte betonen daher neben den Herausforderungen auch die Chancen für die Stadtentwicklung in Form neuer Impulse, die vom sozialen und kulturellen Kapital Zugewanderter und Geflüchteter ausgehen können. Dafür braucht es eine veränderte Debattenkultur aller Beteiligten.

Im jeweiligen Forschungskontext der Projekte ist von „Ankunftsquartieren“, „Einwanderungsquartieren“ oder auch allgemeiner von „benachteiligten Quartieren“ die Rede. Als gemeinsame Basis hat sich im Laufe der Vernetzung der Begriff „superdiverse Quartiere“³ erwiesen, der gewählt wurde, weil er nicht nur auf die Herkunft der dort lebenden Bevölkerung abhebt, sondern den Blick auf vielfältige ökonomische, rechtliche, soziale und kulturelle Ungleichheiten beim Zusammenleben im Quartier weitet. Dazu gehören unterschiedliche Einkommens- und Bildungsstände, ungleiche Zugänge zu

¹ Bericht der Fachkommission Integrationsfähigkeit 2021:8

² Im Einklang mit den Empfehlungen des Berichts der Fachkommission Integrationsfähigkeit wird im Folgenden der Begriff Eingewanderte und ihre (direkten) Nachkommen als Oberbegriff verwendet. Er beinhaltet auch Menschen, die vor langer Zeit nach Deutschland gekommen sind oder als Kinder/Enkel von Einwander*innen hier geboren wurden. Wenn explizit neu Zugewanderte gemeint sind, wird auch der Begriff Migrant*innen genutzt.

³ In Anlehnung an Steven Vertovec 2007

Wohnungs- und Arbeitsmärkten, unterschiedliche Einstellungen, Verhaltensweisen und Lebensstile sowie die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Religionen, Generationen oder Geschlechtsidentitäten. Auch die Frage, wie lange jemand in einem Quartier lebt, kann hier eine Rolle spielen.

Das Wohnquartier nimmt in Sachen sozialer Zusammenhalt eine besondere Rolle ein. Es ist primärer lebensweltlicher Ort der Stadtbewohner*innen, wo Konflikte erfahren und ausgetragen und Fragen von Identität, Zugehörigkeit und Zusammenleben verhandelt werden⁴. Alltäglichen Begegnungen vor Ort und Interaktionen zwischen unterschiedlichen Menschen wird eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Neben bestehenden transnationalen Kontakten mit Familie, Freund*innen oder Bekannten sowie der Zunahme unterschiedlicher Mobilitätsformen sind der physisch-reale Raum und face-to-face-Kontakte ebenfalls konstituierend für sozialen Zusammenhalt⁵.

Zwei gesellschaftliche Teilbereiche waren gemeinsames Interesse aller Projekte des Fokusthemas und stehen deshalb im Mittelpunkt des Thesenpapiers⁶:

- Das Zusammenleben in superdiversen Quartieren: Begegnungen und Teilhabe gelten als Beitrag zur Förderung sozialen Zusammenhalts im Quartier. Doch wer begegnet sich überhaupt und wo? Welche Angebote und welche infrastrukturelle Ausstattung braucht es?
- Integration Eingewanderter in den Wohnungsmarkt: Strukturelle Hemmnisse erschweren für Eingewanderte den Zugang zum Wohnungsmarkt. Wie können Zugangsbarrieren abgebaut werden?

Integration wird hier umfassend im Sinne eines Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen verstanden. Integration betrifft insofern nicht nur Eingewanderte und ihre Nachkommen, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Integration ist keine „Einbahnstraße“, auf der nur Migrant*innen mit der Erwartungshaltung konfrontiert sind, sich anzupassen. Stattdessen sollte der Blick eher auf die Qualität und Quantität bestehender Teilhabeangebote der Gesellschaft gerichtet werden. Integration ist ein langfristiger Prozess, der von der Aufnahmegesellschaft einen Abbau von Ausgrenzungen, Zugangsbarrieren und Teilhabeschwierigkeiten erfordert (z. B. in Bezug auf Zugangsbarrieren zu sozialen Serviceleistungen, ökonomischen Teilhabemöglichkeiten, Schaffung von dauerhafter Toleranz für Diversität im Alltag). Dazu gehört auch eine aktive Auseinandersetzung mit noch bestehenden Diskriminierungen und strukturellen Rassismen.

In den vom BMBF geförderten Zukunftsstadt-Projekten wurde beobachtet und analysiert, wie sich das Zusammenleben in superdiversen Quartieren und der Zugang zum Wohnungsmarkt für Eingewanderte gestalten und gestaltet werden können. Mehrheitlich wurde über die Projekte auch aktiv in den Alltag in den Quartieren eingegriffen, indem Interventionen gestartet und Angebote zur Teilhabe geschaffen wurden. Teilweise nutzen die Projekte in diesem Anwendungskontext das Format der Reallabore. Dieses Verständnis transformativer Wissenschaft ist ein besonderes Charakteristikum

⁴ Bartl et al. 2019

⁵ Hanhörster/Hans 2019

⁶ Leitend für die Auswahl dieser beiden Teilbereiche war ein pragmatischer Ansatz, in dem die Eignung bestimmter Themen für die Vernetzung zwischen verschiedenen Projekten im Mittelpunkt stand. Wie die Konzepte der Kohäsion und „Integration“ sich zueinander verhalten, wurde nicht erörtert. Für eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit sozialem Zusammenhalt im Kontext von Diversität und Fluktuation siehe z. B. Hanhörster/Hans 2019.

der BMBF-Zukunftsstadtforschung. Die Projekte bewegen sich damit an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis.

Ziel dieses Synthesepapiers ist es, übergreifende Befunde aus den Projekten zusammenzufassen. Ausgehend vom Wohnquartier als Betrachtungsgegenstand werden Politik- und Handlungsempfehlungen für verschiedene Ebenen formuliert. Die Bündelung zentraler Ergebnisse mit praktischer Handlungsrelevanz steht dabei im Mittelpunkt. Das Papier richtet sich in erster Linie an politische Entscheidungsträger auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene sowie an Akteure aus der Praxis, die in kommunale Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden sind und auf unterschiedlichen Ebenen an der Schnittstelle von Migrations- und Stadtentwicklung agieren (z. B. Wohnungsunternehmen, soziale Träger, Migrant*innenselbstorganisationen und Quartiersmanagements). Denn Vieles, was sich vor Ort bei genauerer Betrachtung als Herausforderung oder Chance im Umgang mit Migration erweist, kann nur dann erfolgreich angegangen werden, wenn auf den übergeordneten Ebenen passende Rahmensetzungen erfolgen. Integration ist daher eine bundes-, länder- und kommunalpolitische Aufgabe und berührt beispielsweise Einwanderungspolitik, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik, das Bildungssystem oder Armutsbekämpfung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Insofern ergänzt dieses Papier andere, primär wissenschaftlich ausgerichtete Veröffentlichungen der Projekte als Mehrwert von Synthese und Vernetzung.

2. Befunde aus den Projekten

Ausgangspunkt Quartier

- Quartiere stellen als primäre lebensweltliche Orte der Stadtbewohner*innen wichtige Aktions- und Interventionsräume für Akteur*innen aus der kommunalen Verwaltung, Gemeinwesenarbeit und Zivilgesellschaft dar. Denn hier lassen sich Maßnahmen, Netzwerke und Kooperationen gemeinsam mit den Bewohner*innen und in deren Lebenswelt entwickeln und umsetzen, um Teilhabe und Zusammenleben zu fördern.
- In den letzten Jahren ist der Begriff „Ankunftsquartier“ als Bezeichnung für Quartiere populär geworden, die im städtischen Vergleich eine hohe Zahl an Zugewanderten und eine hohe Mobilität der Bevölkerung aufweisen und häufig Infrastrukturen, migrantische Netzwerke und spezifisches Wissen bereithalten, die Migrant*innen das Ankommen in einer neuen Gesellschaft erleichtern. Die Bandbreite solcher infrastrukturellen Angebote reicht von Beratungsangeboten, über spezifische Geschäfte und Cafés oder andere gewerbliche Einrichtungen bis hin zu Vereinen oder Religionsgemeinschaften. Meist handelt es sich dabei um innerstädtische, dicht bebaute Quartiere.
- Verstärkt ist zu beobachten, dass Zuwanderung innerhalb einer Stadt nicht nur in „klassischen Ankunftsquartieren“ stattfindet. Zum Beispiel weisen auch Großwohnsiedlungen am Stadtrand in vielen Städten einen hohen Anteil Eingewanderter und ihrer Nachkommen auf und teilweise auch aktuell hohe Zuwanderungsquoten. Dies lässt sich in der Regel nicht auf besondere infrastrukturelle Angebote und die Existenz von Netzwerken zurückführen. Vielmehr wirken Mechanismen, die Migrant*innen vom Zugang zu Wohnraum in anderen Stadtvierteln ausschließen. Dahingegen sind in den von Ankunft geprägten randstädtischen Großwohnsiedlungen Leerstände bzw. (im innerstädtischen Vergleich) erschwingliche Mieten vorzufinden.
- In solchen Vierteln, die erst in den letzten Jahren verstärkt Zuwanderung erfahren, fehlt es mitunter an den notwendigen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Unterstützungsstrukturen. Teilweise ist aber auch zu beobachten, dass diese Angebote im Zuge einer sich wandelnden Quartiersbevölkerung schnell entstehen bzw. von öffentlicher Seite geschaffen werden (z. B. über das Programm „Soziale Stadt“). Dabei ist durchaus fraglich, ob solche Angebote in jedem Quartier in hoher Konzentration bereitstehen müssen und bereitgestellt werden können. Wichtig ist allerdings, dass der Zugang zu solchen Infrastrukturen für Eingewanderte in der Kommune insgesamt gesichert ist. Dabei reicht allein eine Zurverfügungstellung von Angeboten nicht aus. Vielmehr müssen Zugangshürden (z. B. Mobilitätsmöglichkeiten und Kosten des ÖPNV, Informationslücken, mangelnde Kenntnis über Anspruchsberechtigung, formale und institutionelle Hürden bei der Inanspruchnahme, Sprachbarrieren etc.) genau identifiziert und analysiert werden.

Zusammenleben in superdiversen Quartieren

- Auf Quartiersebene lässt sich sozialer Zusammenhalt als Qualität des kollektiven Miteinanders fassen⁷. Wie gut oder schlecht das Zusammenleben im Quartier funktioniert, lässt sich mitnichten nur auf die Migrationserfahrungen in der Bevölkerung zurückführen. Auch prekäre Lebensverhältnisse, Armut und Arbeitslosigkeit sowie politische Polarisierungen innerhalb der Bewohner*innenschaft können den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren verändern. Bei Quartieren mit hoher Fluktuation der Bevölkerung stellt sich im besonderen Maße die Herausforderung, dass Bindekräfte, Identifikationsmuster und mithin sozialer Zusammenhalt laufend wiederhergestellt und angepasst werden müssen.
- Zivilgesellschaftliche Bottom-up-Strukturen, soziale Träger und Migrant*innenselbstorganisationen übernehmen als intermediäre Vermittler wichtige Funktionen bei der Integration. Sie vermitteln ankunftsspezifisches Wissen, bieten vertraute Begleitung im Alltag, fungieren als Übersetzer*innen (z. B. bei Schriftverkehr) und können im Kontakt mit Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Wohnungsanbietern unterstützen und vermitteln. Zudem fördern sie die Selbständigkeit und Teilhabe von internationalen Zugewanderten und Geflüchteten am gesellschaftlichen Leben im Quartier. Darüber hinaus sind auch die nicht in formale Organisationsstrukturen eingebundenen Unterstützungsmöglichkeiten von Bedeutung: Etwa der Kioskbesitzer, der von einer frei werdenden Wohnung weiß und, anders als in anderen Quartieren, auch um die besondere Schwierigkeit des Ankommens.
- Infrastrukturelle Angebote im Quartier sind ein wichtiger Faktor für das Zusammenleben im Quartier. Nicht immer müssen von öffentlicher Seite neue Angebote geschaffen werden. Dort, wo sich unterstützende zivilgesellschaftliche Strukturen und migrantische Netzwerke (z. B. Beratungseinrichtungen, muttersprachliche Ärzt*innen) von selbst gebildet haben oder gerade in der Entstehung sind, sollten diese gezielt unterstützt werden. Notwendige Unterstützung kann in verlässlicher, längerfristiger Finanzierung, oder in der Bereitstellung von Innen- und Freiräumen (ggf. auch nur für regelmäßige Zeitfenster) für verschiedenste Nutzungen bestehen.
- Auch sogenannte Micro-Publics⁸ wie Cafés oder spezifische Geschäfte sind für das soziale Miteinander in superdiversen Quartieren zentral. Ihre Besonderheit ist, dass sie spontane, unorganisierte Begegnungen auf Augenhöhe ermöglichen. Städtische Mischungsstrategien können solche gewachsenen infrastrukturellen Angebote sogar konterkarieren, wenn die kritische Masse an Nutzer*innen für die Wirtschaftlichkeit dieser privaten Angebote unterschritten wird oder die Anbietenden durch erhöhten Druck auf dem Markt verdrängt werden.
- Es gibt aber auch Quartiere, in denen öffentlich bereitgestellte Angebote (z. B. Quartiersmanagement, „Arbeitsamt um die Ecke“) essentiell sind. Einerseits, weil sie

⁷ Schiefer/van der Noll 2016

⁸ Amin 2002

zivilgesellschaftlich nicht bereitgestellt werden können oder vormals bestehende Angebote nicht aufrechterhalten werden können, andererseits aber auch, um von öffentlicher Seite (z. B. Sozialarbeit in Jugendzentren) rassistischen Anfeindungen auf Alltagsebene deutlich entgegenzutreten. Angesichts dessen handelt es sich um einen Balanceakt zwischen der in vielen Fällen notwendigen staatlichen Unterstützung und dem Zulassen von Bottom-up-Angeboten.

- Angesichts von häufig beengten Wohnverhältnissen, fehlendem Zugang zu privaten Freiräumen (z. B. Privatgärten), und geringerer Nutzung institutioneller oder kommerzieller Freizeit- oder Sportangebote, spielt der öffentliche (Frei-)Raum als Freizeit-, Sport- und Erholungsort für alle Bewohner*innen entsprechender Quartiere eine wichtige Rolle. Zudem ermöglichen öffentliche Räume Begegnung, Kennenlernen und Austausch und übernehmen damit wichtige Funktionen für das Zusammenleben im Quartier. Sie sind aber gleichzeitig auch Aushandlungsorte verschiedener Praktiken der Freiraumnutzung, die zu Nutzungskonflikten und Ausgrenzung führen können.
- Begegnungen und Austausch gelten als Beitrag zur Förderung sozialen Zusammenhalts. Inwiefern das Bereitstellen öffentlicher Freiräume zu Kontakten und Begegnungen vorher fremder Menschen führt, ist umstritten. Erfahrungen, in denen es zu persönlicher Begegnung und Kontakten gekommen ist, stehen Einschätzungen gegenüber, dass dies eher die Ausnahme ist. Häufig dominiert bei den Bewohner*innen der Eindruck, dass in öffentlichen Räumen wie Spielplätzen und Parkanlagen eher ein Nebeneinander oder Nacheinander der Nutzung durch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen statt eines Miteinanders und Teilens der Räume stattfindet.

Integration von Zugewanderten in den Wohnungsmarkt

- Wohnen ist ein Grundbedürfnis und der Zugang zu Wohnraum und die langfristige Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum eine Grundbedingung für die Integration von Zugewanderten. Dennoch gibt es bei der Suche nach einer Wohnung verschiedene Zugangsbarrieren und Ausschlussmechanismen. Nicht immer sind ausschließlich Zugewanderte und ihre Nachkommen davon betroffen, aber häufig in besonderem Maße (Stichwort: Mehrfachdiskriminierung). Dazu gehören folgende Faktoren: Niedriges oder kein Einkommen bzw. Transferleistungsempfang, Haushaltsstruktur (z. B. Alleinerziehende oder kinderreiche Familien), Diskriminierung aufgrund persönlicher Merkmale wie Hautfarbe oder Namen, Vorbehalte und Stigmatisierungen auf Seiten der Vermieter*innen, fehlende oder geringe Sprachkenntnisse oder der Aufenthaltsstatus (z. B. unsichere Bleibeperspektive). Zudem können politische und administrative Regulierungen wie benötigte Dokumente, Hausordnungen oder die Kriterien zum Zugang zu Sozialwohnungen eine Rolle spielen.
- Eingewanderte ziehen mitunter unfreiwillig verstärkt in bestimmte städtische Teilräume, die auf dem lokalen Wohnungsmarkt wenig begehrt sind. Dies können periphere Großwohnsiedlungen mit Leerständen bzw. im innerstädtischen Vergleich erschwinglichen

Mieten sein oder sogenannte Problemimmobilien, in denen Vermieter*innen notwendige Instandsetzungen unterlassen haben. Teilweise weichen Zugewanderte auch auf ausbeuterische Schwarzmarktstrukturen aus und müssen Überbelegungen in Kauf nehmen.

- Auch für den Zugang zum Wohnungsmarkt ist die Begleitung der Eingewanderten durch soziale Träger als „intermediäre Vermittler“ und die Verwaltung ein zentraler Faktor für eine erfolgreiche Integration. Die Perspektive auf einen eigenen rechtsgültigen Mietvertrag stellt Anreiz und Motivation der Betroffenen dar, sich aktiv in den Wohnalltag und das Wohnquartier einzubringen.⁹
- Die Wohnungswirtschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Integration Zugewanderter in den Wohnungsmarkt. Durch Wohnungsvergabe und -bewirtschaftung kann sie einen fördernden, aber auch einen problematischen Einfluss auf die Quartiersentwicklung nehmen. In der Praxis ist beides häufig der Fall. Verschiedene Anbietertypen scheinen dabei unterschiedliche Strategien zu verfolgen: Während kommunale Vermieter*innen im Allgemeinen ein überdurchschnittliches Maß an Quartiersbindung und Integrationsangeboten aufweisen, finden sich Genossenschaften, die kaum an Migrant*innen vermieten und Finanzinvestoren, die auf ein „Hartz IV – Vermietungsmodell“ setzen.
- Über alle Anbietertypen hinweg spielt das Belegungsmanagement auf der Sachbearbeitungsebene in den Wohnungsunternehmen eine zentrale selektierende und benachteiligende Rolle. Häufig wird dabei auf die „richtige Mischung“ verwiesen um Bestände zu stabilisieren. Was unter der richtigen Mischung verstanden wird, bleibt unklar und lässt Akteur*innen Raum für Diskriminierung.
- Angesichts angespannter Wohnungsmärkte mit hohen Baukosten im frei finanzierten Neubau und eines geringen Anteils an preisgünstigen Bestandswohnungen steigt die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum. Dies kann neue Konflikte zur Folge haben, auch zwischen Zugewanderten und Alteingesessenen.

⁹

Breckner/Sinning 2021

3. Schlussfolgerungen: Thesen für die Praxis

Die intensive Auseinandersetzung der Projekte mit Fragen der Teilhabe auf Quartiersebene hat nicht nur wissenschaftliche Befunde hervorgebracht, sondern auch Anknüpfungspunkte für die Praxis. Diese Handlungsbedarfe für politische Entscheider*innen auf unterschiedlichen administrativen Ebenen, für Wohnungsunternehmen und weitere Schlüsselakteure auf Quartiersebene sind im Zuge der Vernetzung der Projekte zu Tage gefördert worden und werden im Folgenden adressat*innenbezogen gebündelt. Gemäß dem transformativen Anspruch der Projekte der BMBF-Zukunftsstadtforschung soll damit ein Beitrag geleistet werden, Zugangsbarrieren, Teilhabeschwierigkeiten und Diskriminierungen von Eingewanderten und ihren Nachkommen zu überwinden und bestehende Stärken superdiverser Quartiere weiterzuentwickeln.

Bund und Länder

- Städte und ihre Quartiere sind die Orte, in denen Integration und gesellschaftliches Miteinander erfahrbar wird. Wichtige Rahmenbedingungen dafür werden aber an anderer Stelle geschaffen. Damit Kommunen die Gestaltungsaufgaben vor Ort angemessen wahrnehmen können, ist ihre finanzielle Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern zu gewährleisten. Dafür muss Integration auch in Bezug auf die Finanzausstattung als Daueraufgabe verstanden werden.
- Die bestehenden rechtlichen Regelungen zur Übernahme der "Kosten der Unterkunft" für Transferleistungsempfänger*innen (KdU) fördern in vielen Städten eine Segregation, indem sie Transferleistungsempfänger*innen in die preiswertesten Bestände verdrängen. Hier braucht es dringend eine Änderung der Regelungen auf Bundesebene, die eine verbesserte Steuerung auf gesamtstädtischer Ebene und mehr Flexibilisierung zwischen unterschiedlichen Stadtteilen ermöglicht.
- Das Ideal des Leitbilds der sozialen Mischung, wie es in verschiedenen Gesetzgebungen zum Ausdruck kommt, ist kritisch auf seine Wirkungen zu überprüfen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die §§1 und 171 BauGB (Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen), §6 Wohnraumförderungsgesetz, §19 Abs. 3 Aufwendungsausgleichsgesetz¹⁰ sowie §7 Wohnungsbindungsgesetz.
- Im Umgang mit sogenannten Problemimmobilien, z. B. durch unterlassene Instandhaltung und Überbelegung durch Vermieter*innen, brauchen Kommunen wirksamere Instrumente. Bund und Länder sollten die hoheitlichen Instrumente im Rahmen des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts und Wohnungsaufsichtsrechts und ggf. weitere Instrumente des öffentlichen Rechts dahingehend überprüfen und ggf. anpassen.

¹⁰ Eine Ausnahme zur Ungleichbehandlung bei der Vermietung von Wohnraum aufgrund der ethnischen Herkunft wird in §19 Abs. 3 AGG eingeräumt, wenn dabei „sozial stabile Bewohnerstrukturen, ausgewogene Siedlungsstrukturen sowie ausgeglichene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse“ geschaffen oder erhalten werden.

- Bund und Länder müssen die notwendigen finanziellen und rechtlichen Mittel für eine soziale Wohnungspolitik bereitstellen, die Kommunen eine aktive Wohnungs- und Bodenpolitik ermöglicht. Dazu gehört nicht nur die Schaffung neuen Wohnraums, sondern auch die Bezahlbarkeit langfristig zu sichern und den Zugang zu Wohnraum für alle, auch besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.
- Sozialräumliche Ansätze wie sie etwa in der nationalen Stadtentwicklungspolitik oder der Städtebauförderung verfolgt werden, sind weiter zu stärken. Die Förderung von Bund und Ländern sollte sich nicht nur auf die Förderung von baulichen Strukturen und gebauten Orten im Quartier fokussieren. Mit gleichberechtigtem Stellenwert sollten auch soziale Prozesse gefördert werden. Gemeinwesenarbeit als Teil der Quartiersentwicklung wirkt als Katalysator sozialer Prozesse.
- Um die aus Armut und Bildungsbenachteiligung entstehenden Nachteile auszugleichen, sollten Bund und Länder ein Sonderprogramm für massive Investitionen in soziale Infrastrukturen wie Schulen und Kindertagesstätten auflegen. Zudem haben die Länder eine ausreichende personelle Ausstattung (z. B. Lehrpersonal und weitere pädagogische Kräfte) sicherzustellen. Insbesondere superdiverse und/oder benachteiligte Quartiere sollten dabei adressiert werden.
- Es ist zudem eine institutionelle Verankerung von Antidiskriminierung notwendig. Diese komplexe Aufgabe erfordert Anerkennung und Unterstützung von den höchsten politischen Ebenen sowie eine verlässliche Finanzierung des Monitorings und der Bearbeitung von Diskriminierungspraktiken auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Ausbildung und Gesundheitsversorgung¹¹.
- Nicht zuletzt sollten lokale und ressortübergreifende Integrationskonzepte für besonders benachteiligte Haushalte auf dem Wohnungsmarkt gefördert werden, um das Anwachsen sichtbarer Obdachlosigkeit und Verarmung in den Städten zu vermeiden. Fördermöglichkeiten aus europäischen, Bundes- und Landesmitteln sowie aus lokalen Quellen sind dafür zu systematisieren.

Kommunen

- Quartiere, die eine besonders hohe Dynamik von Zuwanderung oder einen hohen Anteil von Eingewanderten und ihren Nachkommen aufweisen, erbringen besondere Integrationsleistungen für die Stadtgesellschaft insgesamt. Insbesondere wenn dies einhergeht mit einer unterdurchschnittlichen Einkommenssituation im Quartier und anderen sozialräumlichen Benachteiligungen, brauchen diese Quartiere nicht nur symbolische Anerkennung, sondern einen echten Nachteilsausgleich in Bezug auf Infrastrukturangebote, Personalressourcen und Finanzen. Um die aus Armut und Bildungsbenachteiligung entstehenden Nachteile auszugleichen, braucht es hier nicht nur keine schlechtere (wie es

¹¹ vgl. Leitfaden der Berliner Antidiskriminierungsstelle des Bundes aus dem Jahr 2015

häufig in der Realität ist), sondern vielmehr eine bessere Ausstattung als im städtischen Durchschnitt.

- Soziale Träger und Migrant*innenselbstorganisationen sind als intermediäre Vermittler mit besonderen Kompetenzen wie Sprache oder Vertrautheit mit kulturellen Praktiken unverzichtbar für die Förderung eines selbstständigen und teilhabenden Lebens für neu Eingewanderte. Durch ihre Beratung und Begleitung bis zum Abschluss von rechtsgültigen Mietverträgen leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Integration Zugewanderter in den Wohnungsmarkt. Sie können aber auch Ansprechpartner im Quartier für Verwaltungen, Wohnungsunternehmen oder private Vermieter*innen sein. Um diese wichtige Schnittstelle adäquat ausfüllen zu können, ist eine tragfähige und dauerhafte Finanzierung durch Kommunen unabdingbar. Dazu gehört auch die entsprechende kommunalpolitische Unterstützung.
- In vielen Städten ist ein umfassendes Verständnis von Integration bereits vorhanden und findet sich bspw. in kommunalen Integrationskonzepten wieder. Allerdings ist es bis zur Umsetzung dieses Verständnisses oft noch ein weiter Weg. Als problematisch stellt sich dabei vor allem die Einbeziehung aller Ressorts dar. Hier sollte mehr Augenmerk darauf gelegt werden, einen auf Teilhabe und Chancengleichheit beruhenden Integrationsbegriff in allen Ressorts zu verankern, die stadtweite Rolle bestimmter Quartiere für das Ankommen Zugewanderter anzuerkennen und mit Ressourcen zu unterlegen sowie das Leitbild der Mischung auch auf dieser Ebene zu diskutieren.
- Integration betrifft Fragen der Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik und darüber hinaus zahlreiche Querschnittsthemen wie z. B. Mobilität, Beteiligung, Wohnen oder Arbeitsmarktintegration. Die Verzahnung verschiedener Akteure und ressortübergreifende Zusammenarbeit wird entsprechend häufig gefordert – aber bei weitem noch nicht überall umgesetzt. Wie versäult Arbeitsstrukturen in der Verwaltung teilweise sind, erstaunt immer wieder. Die ressortübergreifende Kooperation muss als Regeltätigkeit etabliert werden. Um vom Mantra zur Realität zu werden braucht es i. d. R. eine zentrale Schnittstelle in der Verwaltung, die möglichst hoch in der Verwaltungshierarchie angebunden ist, die Zusammenarbeit koordiniert (z. B. von Fachbereichen, Steuerungsgruppen und quartiersbezogenen Netzwerken) und Entscheidungs- und Durchgriffsrechte hat (z. B. Stabsstelle/Fachdienst Integration). Berichte aus den Kommunen zeigen zudem immer wieder, wie wichtig die politische Unterstützung durch Verwaltungsspitze und Stadtrat ist. Gleichzeitig geht es für eine Integration besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen um eine Vernetzung der kommunalen Akteure mit Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Kirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen sowie der Wohnungsunternehmen in Quartieren.
- Eine aktive Wohnungs- und Bodenpolitik der Kommunen leistet auch für Integration Eingewanderter in den Wohnungsmarkt einen wichtigen Beitrag. Dazu ist nicht nur zusätzlicher Wohnraum bereitzustellen, sondern auch die Bezahlbarkeit sicherzustellen und

der Zugang zu Wohnraum für Eingewanderte zu ermöglichen. Dazu gehört beispielsweise die Entwicklung von kommunalen Förderkonzepten für ausgegrenzte Personen auf dem Wohnungsmarkt (sinnvollerweise in Kooperation mit Wohnungsunternehmen und sozialen Trägern) und ein regelmäßiges Monitoring der Benachteiligungen auf den lokalen Wohnungsmärkten und ihrer Hintergründe. Das Instrument der Belegungsrechte sollte bei öffentlichen Wohnungsunternehmen und (sofern vorhanden) auch bei privaten Eigentümer*innen aktiv genutzt werden.

- Seitens Stadt- und Grünflächenplanung ist ein besonderes Augenmerk auf die Weiterentwicklung des Freiraums in den Quartieren durch neue und ausdifferenzierte Angebote zu legen. Dies setzt voraus, dass dafür auch langfristig öffentliche Finanzmittel zur Verfügung stehen. Öffentliche (Frei-)Räume sollten so gestaltet und gepflegt werden, dass sie tatsächliche Aufenthaltsqualitäten schaffen und frei zugänglich sind. Sie sollten als offene Räume auch unabhängig von kommerziellen (z. B. Einkaufspassagen) oder institutionellen Räumen (z. B. Kindereinrichtungen, Jugendhilfe) bestehen. Zudem sind gruppenspezifische Freiraumbedürfnisse in den Blick zu nehmen (z. B. Kinder, Frauen).

Wohnungsunternehmen

- Wohnungsunternehmen sind in einer Schlüsselrolle und nehmen in verschiedener Hinsicht Einfluss auf das Integrationspotenzial eines Quartiers. Generell gehören dazu Investitionen in Qualität und Quantität des Wohnungsangebotes. Über ihre Vergabepolitik und ihr Belegungsmanagement haben Wohnungsunternehmen entscheidende Hebel in der Hand, um Eingewanderten und ihren Nachkommen den Zugang zu Wohnraum zu ermöglichen. Auch für das Zusammenleben im Quartier nehmen sie eine wichtige Rolle ein, z.B. durch Kooperation mit freien Trägern, die Bereitstellung von Räumlichkeiten, die Beteiligung am Quartiersmanagement etc. Um diesen vielfältigen Rollen gerecht zu werden, sollten gezielt Kooperationen mit Kommunen, sozialen Trägern und Migrant*innenselbstorganisationen gesucht werden.
- Wohnprojekte zur frühzeitigen Integration neu Zugewanderter in den Wohnungsmarkt sollten seitens (öffentlicher) Wohnungsunternehmen deutlich ausgeweitet werden. Mittels der direkten Bereitstellung angemessenen und bezahlbaren Wohnraums können sie neu Zugewanderten einen Weg aus Gemeinschaftsunterkünften ermöglichen.¹²
- Ein häufig dokumentiertes Problem ist die rassistische Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe. Auf Seiten kommunaler und privater Wohnungsanbieter sowie Genossenschaften ist es erforderlich, wirksame Anti-Diskriminierungsmaßnahmen im Bereich der Vermietung und Wohnungsvergabe zu entwickeln: Zum Beispiel in Form von Anti-

¹² Beispielhaft ist das Modell Probewohnen in Lübeck, in dem die städtische Wohnungsbaugesellschaft TRAVE mbH zu diesem Zweck schon seit 2012 mit der Kommune und sozialen Trägern kooperiert. Geflüchtete erhalten hier schon während des Asylverfahrens zunächst temporär Zugang zu Wohnraum, der jedoch nach einer einjährigen Phase des „Wohnens auf Probe“ verstetigt und in ein reguläres Mietverhältnis umgewandelt werden kann. Dieses Modell verfolgt die Hansestadt Lübeck inzwischen auch mit anderen wohnungswirtschaftlichen Partnern.

Rassismus-Trainings und durch die Erstellung von objektiven und transparenten Kriterien für Wohnungsvergabeentscheidungen und deren regelmäßiger Überprüfung.

- Mittels Hausordnungen und einer entsprechenden Kommunikation mit den Mieter*innen können Wohnungsunternehmen auf einen respektvollen und diskriminierungsfreien Umgang im Quartier hinwirken.
- Darüber hinaus kommt Wohnungsunternehmen eine wichtige Rolle beim Zusammenleben in der Nachbarschaft bzw. im Quartier zu. Indem sie Aktivitäten im Quartier ideell oder finanziell unterstützen oder gar selbst initiieren (z. B. Hoffeste zur Begegnung „alter“ und „neuer“ Bewohner*innen) und Räumlichkeiten (temporär) bereitstellen sowie gebäudenahe Freiräume als Begegnungsräume qualifizieren, schaffen sie wichtige Angebote für eine verbesserte Teilhabe der Quartiersbewohner*innen. Sinnvoll sind dafür Kooperationen zwischen Wohnungsunternehmen sowie mit sozialen Trägern oder Migrant*innenselbstorganisationen.

Soziale Träger und Migrant*innenselbstorganisationen

- Neu Eingewanderte treffen auf besonders viele Zugangsbarrieren, die ihre Teilhabe einschränken. Unterstützungsbedarfe ergeben sich vor allem im Bereich der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche, Beratung zu Mietverträgen, Vermittlung von Schul- und Kindergärtenplätzen mit Mehrsprachigkeit oder Unterstützung bei Behördengängen. Eine intensive Begleitung (z. B. durch Stadtteilmütter oder ähnliche Projekte) ist dafür bedeutsam.
- Soziale Träger und Migrant*innenselbstorganisationen sind prädestiniert, Qualifizierungsangebote für öffentliche Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und Wohnungsunternehmen hinsichtlich Sprache und Kultursensibilität bereitzustellen (z. B. interkulturelle Schulungen für Mitarbeiter*innen).
- Zur Stärkung des Zusammenlebens im Quartier und bestehender Initiativen können soziale Träger ihre Räumlichkeiten für regelmäßige Zeitfenster als Orte der Begegnung zur Verfügung stellen.
- Wohnungsberatungsangebote sollten für alle Bewohner*innen – ob neu eingewandert oder nicht – ausgebaut werden. Diese Angebote sollten sowohl Rechtsberatung gegen Betrug und hohe Mieten beinhalten als auch durch Beratung und aktive Begleitung bei der Wohnungssuche Schutz vor Diskriminierung bieten.

Kooperation in Städten und Quartieren

- Ein sozialräumlicher Quartiersansatz kann dazu verhelfen, auf spezifische Bedarfe in den Quartieren zu reagieren (z. B. bei der Qualifizierung von Bildungslandschaften und Beratungsinfrastrukturen, der Entwicklung von Wohnungsangeboten). Die vielerorts bereits bestehenden Quartiersmanagements haben dabei eine wichtige Funktion inne. Angesichts der vielfach positiven Erfahrungen mit den Quartiersmanagements sind diese unbedingt fortzuführen.
- Als unterstützend hat sich in vielen Städten auch eine Verankerung von Beiräten der Migrant*innen und lokalen Netzwerken in die Foren der Stadtpolitik erwiesen.

- Zudem gilt es auch den Aufbau von selbstorganisierten Strukturen zu fördern, z. B. durch Unterstützung bei der eigenständigen Mitteleinwerbung, Beratung bei der Vereinsgründung oder Bereitstellung/ Vermittlung von Räumlichkeiten sowie die Einbindung neuer Initiativen in bestehende lokale Netzwerke.
- Um nicht nur beteiligungsstarke Gruppen (häufig „Alteingesessene“) zu erreichen, müssen Partizipationsangebote stärker auf Eingewanderte ausgerichtet und bestenfalls gemeinsam mit ihnen entwickelt werden. Gerade dort, wo Zuwanderung „neu“ zum Thema geworden ist, braucht es in der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit mehr interkulturelle Kompetenz und eine proaktive Ansprache und unmittelbare Einbindung von Zuwanderer*innen vor Ort. Teilhabe kann in solchen Konstellationen nicht nur als Angebot zur Verfügung gestellt werden, sondern sie sollte durch die Beseitigung von Zugangshürden und durch ein Empowerment von marginalisierten Gruppen gefördert werden.
- Auch wenn die überwiegende Zahl von Begegnungen eher zufällig stattfindet (z. B. Schule, Kita, Parks, Treppenhaus, Einkaufen) können regelmäßig organisierte Begegnungen, z. B. Quartiersfeste von und mit alteingesessenen und neuen Bewohner*innen) positive Erfahrungen des Zusammenlebens in superdiversen Quartieren ermöglichen.
- Teilweise richtet sich die Aufmerksamkeit von Politik und Verwaltung auf die Konfliktbearbeitung, d. h. auf diejenigen, die Vorbehalte oder Anfeindungen gegen Zugewanderte vorbringen. Dahingegen werden Willkommensinitiativen, die unterstützend tätig werden wollen, teilweise vernachlässigt. Um Frustrationen zu vermeiden, sollten diese zivilgesellschaftlichen Strukturen die ihnen gebührende Wertschätzung im öffentlichen Diskurs erfahren und ihre Sichtbarkeit gestärkt werden.

Literatur

Verwendete Literatur

Amin, Ash (2002): Ethnicity and the Multicultural City: Living with Diversity. In: Environment and Planning A 34, 6, 959-980. doi: 10.1068/a3537

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.) (2015) Fair mieten – fair wohnen. Leitfaden für Mieterinnen und Mieter und Beratungsstellen

Bartl, Gabriel; Creemers, Niklas, Floeting, Holger (2019) Sicherheit und Vielfalt im Quartier. Herausforderungen für Kommunen und Beispiele aus der Praxis.

Breckner, Ingrid; Sinning, Heidi (2021): Handlungsempfehlungen zur Integration besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Wohnungsmarkt und in städtische Quartiere, in: Breckner, Ingrid; Sinning, Heidi (Hrsg.) 2021: Wohnen nach der Flucht. Integration von Geflüchteten und Roma in städtische Wohnungsmärkte und Quartiere. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. (im Erscheinen)

Fachkommission Integrationsfähigkeit (2021) Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit

Hanhörster, Heike; Hans, Nils (2019) Zusammenhalt im Kontext von Diversität und Fluktuation? Zur besonderen Rolle von Ankunftsquartieren. ILS-Working-Paper. Download: https://www.ils-forschung.de/files_publicationen/pdfs/2019-06-18_ils-working-paper.pdf

Schiefer, David, van der Noll, Jolanda (2016): The Essentials of Social Cohesion. A Literature Review. In: Social Indicators Research, Jg. 132, Heft 2, S. 579-603

Vertovec, Steven (2007) Super-diversity and its implications. In: Ethnic and Racial Studies 30, 6, 1024-1054.

Weitere Veröffentlichungen aus den Forschungsprojekten

Bernt, Matthias; El-Kayed, Nihad; Milstrey, Ulrike; Rößler, Stefanie (2021) Stadtumbau und Migration. Herausforderungen für Großwohnsiedlungen im Umgang mit Einwanderung, PLANERIN 1/2021, S. 51-52.

Breckner, Ingrid; Sinning, Heidi (Hrsg.) (2021) Wohnen nach der Flucht. Integration von Geflüchteten und Roma in städtische Wohnungsmärkte und Quartiere. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. (im Erscheinen)

El-Kayed, Nihad; Bernt, Matthias; Hamann, Ulrike; Pilz, Madlen (2020) Peripheral Estates as Arrival Spaces? Conceptualising Research on Arrival Functions of New Immigrant Destinations. In: Urban Planning, 5(3), 103-114.

Hanhörster, Heike; Wessendorf, Susanne (2020): The Role of Arrival Areas for Migrant Integration and Resource Access. In: Urban Planning 5 (3), S. 1–10. DOI: 10.17645/up.v5i3.2891.

Hans, Nils; Hanhörster, Heike; Polívka, Jan; Beißwenger, Sabine (2019): Die Rolle von Ankunftsräumen für die Integration Zugewanderter. Eine kritische Diskussion des Forschungsstandes. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 77, H. 5, S. 1–14. doi: 10.2478/rara-2019-0019.

Hans, Nils; Hanhörster, Heike (2020): Accessing Resources in Arrival Neighbourhoods. How Foci-Aided Encounters Offer Resources to Newcomers. In: Urban Planning 5 (3), S. 78–88. DOI: 10.17645/up.v5i3.2977.

Räuchle, Charlotte; Berding, Ulrich (2020) Freiräume als Orte der Begegnung. Planerische Leitbilder und alltägliche Erfahrungen in superdiversen Stadtquartieren. Standort 44, 86–92. <https://doi.org/10.1007/s00548-020-00646-x>

Wir SynVer*Z

Das Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (SynVer*Z) begleitet die Forschungsprojekte der BMBF-Fördermaßnahmen „Umsetzung der Leitinitiative Zukunftsstadt: Forschung für klimaresiliente, sozial-ökologisch gerechte und lebenswerte Städte“ und „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“. Es wird gemeinsam von der Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), dem ISOE-Institut für sozial-ökologische Forschung sowie der Gröschel Branding GmbH durchgeführt. SynVer*Z dient der Vernetzung der Forschungsprojekte untereinander und unterstützt ihre Sichtbarkeit nach außen. Als wissenschaftliches Begleitvorhaben reflektiert und stärkt SynVer*Z außerdem fortlaufend die Wirkungen der Projekte und Fördermaßnahmen und leistet eine Synthese projektübergreifender Ergebnisse.